

## **Stellungnahme zu einem Antrag**

### **öffentlicher Teil**

<b>Gremium</b>	<b>Datum</b>
Bezirksvertretung 1 (Innenstadt)	

#### **Stellungnahme zu AN/2138/2011**

#### **Bezirksordnungsdienst - Anregung an den Ausschuss für Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen**

Zum Antrag nach §3 der Geschäftsordnung des Rates der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 29.11.2011 nimmt die Verwaltung wie folgt Stellung:

##### Gänzliche Re-Dezentralisierung

Eine gänzliche Re-Dezentralisierung des Ordnungsdienstes lehnt die Verwaltung aus folgenden Gründen ab:

In seiner Sitzung am 18.12.2003 hat der Rat der Stadt Köln beschlossen, den ehemals dezentral organisierten Ordnungsdienst zu einer stadtweiten Einheit zusammenzulegen und gemeinsam mit der Verkehrsüberwachung in die Abteilung 324- Ordnungs- und Verkehrsdienst zu integrieren.

Diese Organisationsform hat sich aus Sicht der Verwaltung bewährt. Das zentrale schlagkräftige Einsatzteam wird von den Bürgerinnen und Bürgern als die operative Einheit wahrgenommen. Unter der Servicenummer 0221/221-32 000 erreichen sie die Einsatzleitstelle des Ordnungs- und Verkehrsdienstes, dessen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei ordnungsrechtlichen Missständen eingreifen. Die Servicenummer wird mittlerweile so stark nachgefragt, dass sie im Zweischichtbetrieb an sieben Tagen in der Woche betrieben wird. Trotzdem können häufig zu Spitzenzeiten die eingehenden Aufträge durch den Personalstamm der Außendienstkräfte nicht gedeckt werden.

Dabei wurde auf das geänderte Freizeitverhalten der Bevölkerung – Verlagerung der Aktivitäten in die Abend- und Nachtstunden/ Genuss des mediterranen Flairs unter freiem Himmel – bereits mit einer Anpassung des Arbeitszeitmodells reagiert. Mit der Realisierung eines regelmäßigen Zweischichtbetriebs werktags bzw. sogar eines Dreischichtbetriebs am Wochenende, wird den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger Rechnung getragen. Auch auf personalintensive Aufgaben außerhalb des Tagesgeschäfts (z.B. Nichtraucherschutzkontrollen, Präsenzdienste im Bereich des Brüsseler Platzes, Präsenzdienste an den Adventswochenenden im Bereich Hohe Straße, Aktion „Mehr Spaß ohne Glas“) reagiert der zentrale Ordnungsdienst flexibel. Personalintensive Einsätze können durch die zentrale operative Einheit gesteuert werden – bei Großereignissen wie Silvester, Karneval, CSD, Summer Jam, Kölner Lichter, Public Viewing, Konzerte auf dem Roncalliplatz ebenso wie bei (Groß-) Schadensereignissen wie z.B. Kampfmittelfunden, Hochwasser, Unwettern, Einsturz des Historischen Archivs usw..

Mit dem zentralen Ordnungsdienst wurden im Laufe der Jahre neue erfolgreiche und intensive Formen der Zusammenarbeit mit der Polizei und anderen Sicherheitspartnern entwickelt und ausgebaut (z.B. OPARI oder die mittlerweile drei regelmäßig eingesetzten Lärmwagen).

Insgesamt ist der Ordnungsdienst in seiner zentralen Organisationsform ein Erfolgsmodell, an dem sich zahlreiche Städte und Gemeinden bundesweit ein Beispiel genommen haben. Seine Fallzahlen

konnten im Laufe der Jahre kontinuierlich gesteigert und damit ein Mehr an ordnungswidrigen Zuständen beseitigt werden. In vielen Bereichen, wie z.B. im Domumfeld, wurde das Erscheinungsbild deutlich wahrnehmbar verbessert.

### Personelle und organisatorische Besserstellung des Bezirksordnungsdienstes

Trotzdem konnten die Vorteile einer zentralen Organisationsstruktur hinsichtlich einer stärkeren Präsenz in den Stadtbezirken im April 2008 noch optimiert werden. Seither sind jedem Bürgeramt drei Einsatzkräfte zugeordnet, die fast ausschließlich bezirklich tätig sind. Kurze Wege und eine größere Ortskenntnis sollten zu einer besseren und vor allem für Bürgerinnen und Bürger deutlich erkennbaren Aufgabenerfüllung führen. Das Aufgabenportfolio dieser Kräfte besteht schwerpunktmäßig in der Überwachung und Steigerung der Sauberkeit des öffentlichen Straßenlandes sowie der Grünflächen im jeweiligen Stadtbezirk.

Die Dienstaufsicht wurde den Bürgerämtern übertragen, es besteht jedoch weiterhin eine enge Verzahnung zwischen den beiden Bereichen. So kann im Bedarfsfall der zentrale Ordnungsdienst bei Großveranstaltungen mit stadtweiter Bedeutung und Schadensereignissen auf den Personalstamm der Bezirke zurückgreifen. Außerdem arbeiten zentraler Ordnungsdienst und bezirkliche Einsatzkräfte bei besonderen Beschwerdelagen intensiv zusammen. Umgekehrt unterstützt der zentrale Ordnungsdienst die bezirklichen Kräfte im Rahmen von gemeinsamen Schwerpunktaktionen und bearbeitet Beschwerdelagen außerhalb der Dienstzeiten des Bezirksordnungsdienstes. Besonders der Bereich Innenstadt erfordert eine hohe personelle Unterstützung durch den zentralen Ordnungsdienst, da hier sowohl die Anzahl der Großveranstaltungen als auch die Beschwerdelage bei weitem am größten sind.

**Defizite bei der Aufgabenerfüllung sieht die Verwaltung nicht als Ausfluss der derzeitigen Organisationsform als vielmehr in den sowohl im Ordnungsdienst als auch in den Bezirksordnungsdiensten zur Verfügung gestellten Ressourcen im Verhältnis zu den vorhandenen Aufgaben.**

Insgesamt übersteigen in beiden Bereichen die Aufgaben die Personalressourcen; manche Themenbereiche können nur nach einer Schwerpunktbildung der Aufgaben erledigt werden, was auch immer wieder den Bürgerinnen und Bürgern als auch den politischen Gremien dargestellt werden muss.

Bei dieser Schwerpunktbildung der Aufgaben werden die Stadtbezirke mit intensivem städtischen Leben und einer hohen Verdichtung der Bebauung wie die Innenstadt, Ehrenfeld, Nippes, Mülheim und Kalk intensiver kontrolliert als die ruhigeren Stadtbezirke. Auch innerhalb der Stadtbezirke gibt es dann noch unterschiedliche Aufgabenschwerpunkte. Letztendlich ist die Innenstadt der meistkontrollierte Stadtbezirk.

Aus Sicht der Verwaltung wird die Beibehaltung der derzeitigen Organisationsform eines zentralen Ordnungsdienstes mit dezentralen Elementen bei Abwägung aller Vor- und Nachteile befürwortet. Eine Verstärkung sowohl des Ordnungsdienstes als auch des Bezirksordnungsdienstes entsprechend dem Düsseldorfer Vorbild wäre zwar wünschenswert aber zur Zeit im Hinblick auf die städt. Finanzen nicht realistisch. Bei mehr finanziellen Ressourcen könnte eine gleichmäßige Erhöhung sowohl des Ordnungsdienstes als auch der Bezirksordnungsdienste entsprechend den Aufgaben angestrebt werden.